

Tobias Lambert

Trump gegen Venezuela: Die neue Donroe-Doktrin

Seit Mitte August militarisiert die US-Regierung unter Donald Trump, der sich öffentlich gerne als „Friedenspräsident“ inszeniert, die südliche Karibik. Mit der Begründung, gegen Drogenkartelle vorgehen zu wollen, griffen die USA bis Anfang November nach eigenen Angaben 20 Boote an. Dabei töteten sie mindestens 76 Menschen.¹ Die meisten der Angriffe fanden in internationalen Gewässern vor der Küste Venezuelas statt. Belege dafür, dass auf den versenkten Booten tatsächlich Drogen transportiert wurden, gibt es bisher in keinem der Fälle. Auch über Warnungen an die Besatzungen oder Versuche, die Boote wie bislang üblich auf hoher See zu stoppen, ist nichts bekannt. Die US-Regierung bezeichnet die unbekannten Bootsinsassen als „Narcoterroristen“, vergleicht Drogenkartelle mit al-Qaida und erklärte im US-Kongress, sich mit diesen in einem „nicht internationalen bewaffneten Konflikt“ zu befinden. Internationale Rechtsexpert:innen sprechen hingegen von außergerichtlichen Hinrichtungen – schließlich sind auch Drogenschmuggler rechtlich Zivilpersonen. Auch Großbritannien stuft das Vorgehen als illegal ein und teilt keine Geheimdienstinformationen über Drogentransporte in der Region mehr mit den USA.

Der genaue Zweck der Angriffe und militärischen Drohgebärden ist dabei weiter unklar. Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro wirft der US-Regierung vor, einen Regierungswechsel erzwingen zu wollen und es

auf die Erdölvorräte² Venezuelas abgesehen zu haben. Der „Kampf gegen Drogenhandel“ jedenfalls scheint nur vorgeschoben zu sein. Seit August haben die USA mehrere Kriegsschiffe mit Lenkraketen, Aufklärungsflugzeuge, ein atomgetriebenes U-Boot und rund 10000 Soldat:innen in die südliche Karibik entsandt. Auf Puerto Rico – etwa 800 Kilometer nördlich der venezolanischen Küste gelegen – ließen sie F35-Kampfjets stationieren und sind dabei, eine stillgelegte Militärbasis zu reaktivieren. Mehrfach flogen US-amerikanische B52-Bomber die venezolanische Küste entlang, und Trump verkündete öffentlich, Aktionen der CIA innerhalb Venezuelas genehmigt zu haben. Mit der USS „Gerald R. Ford“ ist zudem der weltweit größte Flugzeugträger vom Mittelmeer in die Karibik verlegt worden – als Teil der Operation „Südlicher Speer“.

Trumps Äußerungen der vergangenen Monate lassen keine kohärente Strategie erkennen, sondern widersprechen sich teilweise. Als Begründung für die Militärpräsenz nennt er meist den Drogenhandel, behauptet aber auch, Venezuela würde neben Drogen gezielt Kriminelle in die USA schicken. Wiederholte Andeutungen über bevorstehende Angriffe auf Kartelle „an Land“ schüren Befürchtungen, dass die US-Regierung ihren militärischen Radius schon bald ausweiten könnte.

Eine Invasion Venezuelas gilt aufgrund des Aufwandes jedoch als sehr

¹ A timeline of US strikes on boats that have killed 76, cnn.com, 11.11.2025.

² Mit über 300 Mrd. zertifizierten Barrel finden sich in Venezuela die größten Erdölreserven der Welt.

unwahrscheinlich. Laut US-amerikanischen Medienberichten bereiten die USA aber die Option konkreter Militärschläge innerhalb Venezuelas vor, die sich gegen Militäreinrichtungen, hochrangige Regierungsvertreter:innen oder sogar Präsident Nicolás Maduro richten könnten.³ Anfang November ruderte Trump rhetorisch zurück und erklärte, es seien vorerst keine Angriffe innerhalb Venezuelas geplant, wenngleich „Maduros Tage gezählt“ seien. Vor dem US-Kongress räumten Regierungsvertreter:innen ein, dass eine gesetzliche Grundlage für Angriffe innerhalb Venezuelas nicht gegeben sei.

Abschiebedeals und Militärschläge

Hatte Trump Maduro bereits während seiner ersten Amtszeit (2017 bis 2021) mittels Sanktionen und einer Politik des „maximalen Drucks“ stürzen wollen⁴, zeigte er sich nach seinem erneuteten Amtsantritt erst einmal zurückhaltend. In der Venezuelapolitik der US-Regierung gab zunächst Trumps Sondergesandter Richard Grenell statt Außenminister Marco Rubio den Ton an. Letzterer stammt aus einer exilkubanischen Familie und gilt als ausgesprochener Hardliner gegenüber Venezuela, aber auch Kuba und Nicaragua. Durch direkte Gespräche mit Maduro konnte Grenell etwa die Freilassung aller in Venezuela inhaftierten US-Amerikaner:innen und die Durchführung regelmäßiger Abschiebeflüge nach Caracas erreichen. Zudem erteilte Trump dem US-Energiekonzern Chevron nach anfänglichem Zögern eine neue Sonderlizenz, damit dieser weiterhin in Venezuela tätig sein kann.

Im August dann änderte sich das Bild und Trump schwenkte auf Rubi-

os harte Linie ein. Die USA erhöhten das Kopfgeld zur Ergreifung Maduros von 25 auf 50 Mio. US-Dollar – doppelt so viel, wie einst auf Osama Bin Laden ausgesetzt war. Als Begründung heißt es unter anderem, die politische und militärische Führungsriege des Chavismus sei tief in den Drogenhandel verstrickt und leite das sogenannte Sonnenkartell (Cartel de los Soles).

Dass innerhalb des venezolanischen Militärs bestimmte Gruppen zumindest die Transitrouten für Drogen protegieren, gilt als wahrscheinlich. Für die Behauptung, in Venezuela bestehe seit Anfang der 1990er Jahre ein Sonnenkartell, gibt es jedoch keinen Beleg. Dessen ungeachtet stufte die US-Regierung Anfang August das vermeintliche Kartell, das Expert:innen allenfalls als loses Netzwerk bezeichnen⁵, offiziell als terroristisch ein. Bereits im Februar erhielten weitere kriminelle Gruppen wie das mexikanische Sinaloa-Kartell sowie die venezolanische Megabande Tren de Aragua eine ähnliche Einstufung. Laut der „New York Times“ unterzeichnete der US-Präsident im August zudem ein geheimes Dekret, das den Einsatz militärischer Mittel gegen Drogenkartelle ohne Zustimmung des Kongresses ermöglicht. Anfang November scheiterte im Senat der Vorstoß einiger Abgeordneter, sich dieses Recht für den Kongress zurückzuholen. Der Tren de Aragua ist entgegen den Behauptungen der US-Regierung bisher gar nicht für großflächigen Drogenhandel bekannt. Und laut dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) spielt Venezuela als Transitland ohnehin nur eine untergeordnete Rolle gegenüber den Pazifikrouten über Kolumbien und Ecuador oder die Landroute über Zentralamerika. Kokaïn oder Fentanyl werden in Venezuela selbst gar nicht produziert.

Es ist also recht offensichtlich, dass es sich um teils erfundene Gründe han-

³ David E. Sanger u.a., Trump Weighs Options, and Risks for Attacks on Venezuela, nytimes.com, 4.11.2025.

⁴ Tobias Lambert, Gescheiterte Utopie? Venezuela ein Jahrzehnt nach Hugo Chávez, Wien 2024, S. 165ff.

⁵ Cartel of the Suns, insightcrime.org, 22.9.2025.

delt, um eine Drohkulisse zu rechtferigen. Damit simuliert Trump einerseits Handlungsfähigkeit gegenüber dem Drogenschmuggel, wohl in erster Linie aus innenpolitischen Gründen. Andererseits versucht er, die venezolanische Regierung einzuschüchtern und das dortige Militär zu spalten, was bislang allerdings keinerlei Früchte trug. Die Entsendung der Kriegsschiffe weckt Erinnerungen an frühere US-Interventionen wie zuletzt in Panama 1989. Damals stürzten die USA ihren einstigen Zögling Manuel Noriega, dem sie ebenfalls Drogenhandel vorwarfen. Venezuela ist jedoch nicht mit dem viel kleineren Panama zu vergleichen, das die USA mit fast 30000 Soldaten überfielen und in dessen Kanalzone das US-Militär damals fest stationiert war.

Von Monroe zu Trump

Zuletzt drohte Trump auch Kolumbien und Mexiko mit militärischen Schlägen gegen Kartellstrukturen und bezeichnete Kolumbiens linken Präsidenten Gustavo Petro nach dessen Kritik an dem militärischen Vorgehen der USA als „Drogenbaron“. Gegenüber Kolumbiens südlichem Nachbarn Ecuador, das auch unter gravierenden Sicherheitsproblemen infolge des ausufernden Drogenhandels leidet, aber von einem rechten und US-freundlichen Präsidenten regiert wird, halten sich die USA hingegen zurück.

Es wirkt so, als rückte die alte Monroe-Doktrin⁶, mit der die USA lange ihre Vorherrschaft über den lateinamerikanischen „Hinterhof“ begründeten, wieder ins Zentrum der US-Außenpolitik. Allerdings unter völlig gewandelten Bedingungen, weshalb inzwischen

⁶ 1823 hatte der damalige US-Präsident James Monroe erklärt, die europäischen Mächte sollten sich nicht in die Angelegenheiten der neu entstehenden Staaten Lateinamerikas einmischen. Daraus entwickelte sich die „Monroe-Doktrin“, mit der die spätere Weltmacht ihre Interessen in ihrem „Hinterhof“ vor allem im 20. Jahrhundert rigoros durchsetzte.

schen, unter Anspielung auf Trumps Vornamen, auch von der Donroe-Doktrin die Rede ist. Während die USA ursprünglich den europäischen Einfluss abwehren wollten, ist inzwischen China der strategische Gegner. Das Land hat seinen Einfluss in Lateinamerika über Handelsbeziehungen und Infrastrukturprojekte in den vergangenen 25 Jahren erheblich ausgebaut. Es geht Trump aber offensichtlich auch darum, Ansätze souveräner lateinamerikanischer Politik zu unterbinden, was auch seine Einmischung in die Parlamentswahlen in Argentinien zeigt.⁷

Rechtsregierte Länder wie Argentinien, Paraguay und Ecuador unterstützen das US-Vorgehen gegen Drogenkartelle. Auch Venezuelas Nachbarländer Guyana und Trinidad und Tobago sind auf Trump-Linie. Neben Kolumbien lehnen die Mitte-links-Regierungen Brasiliens und Mexikos das US-Vorgehen hingegen entschieden ab. Venezuela erhofft sich zudem Hilfe von Russland, China und Iran. Vor allem mit Russland bestehen bereits seit Jahren gefestigte militärische Beziehungen. Moskau zeigte sich prinzipiell bereit, Venezuela bei der Luftabwehr zu unterstützen, und erwägt laut Medienberichten sogar die Lieferung von Mittelstreckenraketen.

Der Konflikt könnte bei einer weiteren Eskalation also rasch eine größere geopolitische Dimension bekommen. Maduro reagierte auf die Drohungen mit der Mobilisierung von Freiwilligen der Nationalen Miliz, die zur Landesverteidigung herangezogen werden kann, und erklärte eine Teilmobilisierung des Militärs. Zudem unterzeichnete er ein Dekret, das ihm im Falle von Angriffen auf das venezolanische Territorium erlaubt, den Ausnahmezustand zu verhängen.

Dass Trump die Regierung in Caracas allein durch äußerer Druck zu Fall bringt, ist eher unwahrscheinlich. In

⁷ Vgl. den Beitrag von Uta Dirksen, María Julia Elosoff und Sebastian Sperling in diesem Heft.

Venezuela dürften Washingtons Drohgebärden die Regierung sogar eher stärken, denn jenseits des rechten Randes um María Corina Machado stößt das Vorgehen der US-Regierung auch innerhalb der Opposition auf Ablehnung. Gerade Menschen aus dem ärmeren Teil der Bevölkerung haben in Venezuela starke Vorbehalte gegen Machado, selbst wenn sie die Maduro-Regierung mittlerweile ablehnen.

Womöglich kommt es aber auch erneut zu Verhandlungen mit den USA, sowohl Trump als auf Maduro haben inzwischen ihre Bereitschaft dazu angekündigt. Die Bedingungen für einen internen Aufstand sind jedenfalls auch aufgrund der staatlichen Kontrolle und Repression gegen Kritiker:innen derzeit kaum gegeben. Und sollte Maduro doch durch einen Putsch, eine verdeckte Aktion oder einen erzwungenen Rücktritt das Feld räumen, bedeutet dies noch lange nicht, dass automatisch eine US-freundliche oder demokratische Regierung übernehmen würde. Innerhalb Venezuelas spielt die untergetauchte Machado seit der Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr keine bedeutende Rolle mehr.

Ganz anders auf internationaler Ebene: Am 10. Dezember bekommt sie in Oslo den Friedensnobelpreis überreicht, den sie nach der Bekanntgabe prompt „Präsident Trump für seine entscheidende Unterstützung unserer Sache“ widmete. Das Nobelpreiskomitee begründete die Wahl unter anderem mit „ihrem Kampf um einen gerechten und friedlichen Übergang von der Diktatur zur Demokratie“. Im vergangenen Jahr hatte sich Machado tatsächlich dafür eingesetzt, die längst autoritär agierende Regierung von Nicolás Maduro über Wahlen abzusetzen. Sie selbst durfte unter vorgeschenbenen Gründen nicht antreten. Ihrem Ersatzkandidaten Edmundo González wurde der Wahlsieg nach allen vorliegenden Indizien geraubt. Dennoch ist Machado, die sich international im rechtspopulistischen Umfeld

von Trump, dem argentinischen Präsidenten Javier Milei und der ultrarechten spanischen Vox-Partei bewegt, eine höchst zweifelhafte Preisträgerin. Bevor sie ab 2023 auf Wahlen setzte, unterstützte sie mehrere Umsturzversuche und setzte sich offen für die Androhung militärischer Gewalt ein, um den Abgang Maduros zu erzwingen. Auch die derzeitige Drohkulisse gegen Venezuela begrüßt Machado ausdrücklich. Dabei setzt sie bewusst auf Trumps *wording*, um eine Militärintervention zu rechtfertigen. „Ich glaube, dass die derzeitige Eskalation der einzige Weg ist, Maduro klarzumachen, dass es Zeit ist zu gehen“, betonte die Friedensnobelpreisträgerin etwa Ende Oktober. Im selben Interview behauptete sie, sowohl die Hisbollah als auch Hamas seien in Venezuela aktiv und Maduro persönlich habe die US-Wahl 2020 manipuliert, die Trump gegen Joe Biden verlor.⁸

Damit es nicht zu einem militärischen Konflikt mit den USA kommt, soll Maduro der US-Regierung laut einer Recherche der „New York Times“ schon vor Monaten in Aussicht gestellt haben, den USA weitgehenden Zugriff auf das venezolanische Erdöl und andere Rohstoffe zu gewähren und die Beziehungen zu Russland, China sowie Iran zu lockern.⁹ Trump habe sich unter dem Einfluss von Außenminister Marco Rubio jedoch dazu entschieden, auf Konfrontationskurs zur Regierung in Caracas zu gehen. Lediglich zur Abwicklung von Abschiebeflügen aus den USA nach Venezuela bestehen zwischen beiden Ländern weiterhin Kommunikationskanäle. Mit einer möglichen Regierung unter Machado, die vor allem auf Privatisierung setzt, dürfte Trump tatsächlich auf noch bessere Deals hoffen.

⁸ Mishal Husain, Nobel Peace Winner: US Escalation Is ‘Only Way’ to Free Venezuela, bloomberg.com, 31.10.2025.

⁹ Anatoly Kurmanayev u.a., Venezuela’s Maduro Offered the U.S. His Nation’s Riches to Avoid Conflict, nytimes.com, 10.10.2025.